

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Alstadt I. Poststraße 17. Telefon 2111 und 2102.

Beneschs Berliner Besuch

Die Rothermere-Aktion

(Von unserem Vertreter.)

F. L. Peng, 22. Mai.

Der Widerhall, den der Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch in Berlin in der tschechischen Presse gefunden hat, ist weit weniger aufgeregert als in der deutschen Presse des In- und Auslandes. Zunächst weist die tschechische Presse energisch die Kombinationen von einer „Donaukonsöderation“ der mitteleuropäischen Staaten zurück, denn dieser Plan — den man früher und vielfach auch jetzt noch — als gegen das Denkschitum in Mitteleuropa gerichtet glaubte, wurde geschickt von der ungarischen Propaganda aufgegriffen, um die tschechoslowakische Außenpolitik in Italien anzufließen, denn Italien hat kein Interesse an einer Wiederherstellung eines dem alten Österreich-Ungarn ähnlichen Gebildes in Mitteleuropa. Als Bundeskanzler Dr. Seipel gleich nach seinem Besuch in Prag die bekannte Rede über Südtirol hielt, glaubte man in Italien darin den Widerhall der Unterredungen des Bundeskanzlers mit Benesch zu erkennen. Die Tschechoslowakei hatte Mühe, diesen Eindruck zu verwischen. Wenn der Besuch Beneschs in Berlin wieder mit der „Donaukonsöderation“ in Zusammenhang gebracht wird, so geht es eben nur um einen Begriff, für den alle Bedingungen zu seiner Realisierung fehlen.

Deutschlands sollte man anhören, in Benesch nur den Intriganten der Friedensverträge von 1918 zu sehen. Man mag seine Verhältnisse beurteilen, wie man will, wer weiß, wie reich die tschechische Politik an politischen Utopien ist — man denkt nur an die tschechischen Nationaldemokraten, die immer noch an eine slawische Vorherrschaft in Mitteleuropa unter Führung Russlands glauben! —, der wird Benesch als Realpolitiker schätzen.

Vom siedlenden deutschen Standpunkt wird der Besuch

Beneschs in Berlin fast allgemein begrüßt und mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Wir Siedlende Deutsche brauchen keine „Donausöderation“, aber wir begrüßen eine Annäherung zwischen Österreich — Tschechoslowakei — Deutschland. Eine solche Annäherung müsste der „Kleinen Entente“ jede deutschfeindliche Spur abbrechen. Wenn sich also Benesch tatsächlich nach Deutschland orientiert, so sind Rekriminationen nicht mehr am Platze.

*
Die innerpolitische Lage in der Tschechoslowakei kompliziert sich immer mehr. Mitte Mai fand in Prag die große Manifestation der tschechischen Agrarpartei statt, an der zum ersten Male auch Slowaken, Ungarn und Karpatho-Russen in größter Anzahl teilnahmen. Den tschechischen Agrarpartei, die heute die mächtigste und einflussreichste Partei darstellt, ist es tatsächlich gelungen, diese widerstreitenden Elemente auf der Grundlage wirtschaftlicher Interessen zusammenzufassen. Diese Zusammensetzung wird um so eifriger betrieben, je lauter Ungarn mit seiner Rothermere-Propaganda an die Lore der Tschechoslowakei pocht. Auf tschechischer Seite ist doch die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Friedensverträge Papier bleiben müssen, wenn es nicht gelingt, die verschiedenen Nationen zustimmen zu lassen.

Aus diesen Gründen steht das Prinzip einer gemischtnationalen Regierung heute fester denn je, aber es fragt sich, ob dieses Prinzip — wie es gegenwärtig der Fall ist — nur von den nichtsozialistischen Parteien vertreten werden soll. Durch die Erkrankung des Ministerpräsidenten A. Sovak ist die Entwicklung, die auf eine große Koalition mit den Sozialisten hinstrebte, ins Stocken gekommen. Von etwaigen Parlamentswahlen — die nicht einmal von der sozialistischen Opposition verlangt werden — sind keine Richtungsverschiebungen zu erwarten. Die Lage ist also gleichermaßen kompliziert, und man begreift die allgemeine Nervosität.

Österreich und das deutsche Wahlresultat

Leidenschaftliche Teilnahme.

Schr. Wien, 21. Mai 1928.

Österreich hat die Resultate der deutschen Wahlen mit leidenschaftlicher Teilnahme erwartet. In den Nachts- und Morgestunden waren die Redaktionen mit Anträgen bestimmt, die Morgenblätter, die Mittags- und Nachmittagsblätter wurden den Kolporteur wie Sensationsmeldungen aus der Hand gerissen. Und die neue Mandatsverteilung war in den politischen und publizistischen Kreisen der Gesellschaft des Tages. Die Schwefelung, die sich von Stunde zu Stunde deutlicher erkennen ließ, hat freilich keine Überzeugung geweckt. Der kommende „Ruck nach links“ war auch hier seit Monaten ein schier selbstverständliches Schlagwort.

Sehr begreiflich geht es bei allen Betrachtungen nicht ohne Seitenblick auf die österreichische Lage ab. Da es hier an jedem Gegenstück zur deutschen Rechten fehlt, regt der Zusammenbruch der Deutschnationalen nur theoretische Erörterungen an, während die Veränderungen in der Sozialdemokratie wesentliche Gesichtspunkte zur österreichischen Zukunft bieten. Schärfer als in irgendeinem anderen europäischen Land beurteilt man ja in Österreich alle Koalitionsprobleme, die nun als Rücksicht heranziehen. Vor allem erkennt man sehr genau die Doppelbedeutung, die der sozialdemokratische Erfolg in sich trägt, eine Doppelbedeutung, die naturnotwendig jene einseitig-europäische Stützung ausgleicht, die von der sozialdemokratischen Presse aus dem Ziffernausstieg des deutschen Marxismus abgeleitet wird. Man ist sich gerade in Österreich sehr klar darüber, daß nächst den deutschnationalen Wahrsprüchen doch auch die nicht zu minderwerten Schiedung der Sozialdemokratie von dem Kommunismus den Fortschritt ermöglicht hat. Der in erbittertem Wahlkampf unverwissbar gezogene Trennungskampf hat eine entscheidende, sogar negative Anziehung geschaffen. Sehr viele, die ohne auch auf dem weltanschaulichen Boden des Marxismus zu stehen, schlesethin einer Reform des Belebenden geneigt sind, haben sich für sozialdemokratische Stimmzettel entschieden, weil sie eben zur gleichen Zeit eine Garantie dafür vorhanden, daß unter den Mitteln der erstrebten Evolution das Moskauer Rezept von vornherein ausgeschlossen bleibt. Wie ist solche Sicherheit in Österreich? Und wenn die Sozialdemokratie an der Bildung der nächsten Regierung mitwirkt, also, trotzdem sie Parteipolitisch verantwortlich will, an einer Politik der Allgemeinheit mitarbeiten muß, so findet sie gerade im Ziffernausstieg hierfür. Gerade der große Erfolg einer Oppositionspartei macht eine innere Verwandlung nötig, die Regierungsmöglichkeit, die der Stimmzettel schafft, muß aus rein positiver Einstellung zu den Problemen des Staates zur Regierungsfähigkeit werden. Was aber hätte vom Standpunkt solcher inneren Reife für die Teilnahme an der Staatsmacht betrachtet, die österreichische Sozialdemokratie heute mit der deutschen gemein, als theoretische Neuerlichkeiten der Parteilage? Eine einzige Hypothese erhöht die Verschiedenheit des Sozialismus höher und drüber: wie wäre die deutsche Lage, wenn die negative Abgrenzung der deutschen Sozialdemokratie fehlen, wenn sie mit den Kommunisten eine einzige Fraktion bilden würden? Kaum eine Koalitionserwägung, die jetzt selbstverständlich ist, wäre möglich! Wenn also die österreichische Sozialdemokratie jetzt dem Einfluß des deutschen Wählergebnisses einen möglichst breiten Weg auch nach Österreich wünscht, so hat die gegenwärtige Mehrheit dagegen nichts einzubringen. Im Gegenteil! Die deutsche Sozialdemokratie wird ja nicht nur über das Resultat des 20. Mai theoretisch-überschwänglichen Jubel anzustimmen, sondern sehr bald auch jene staatspolitische Haltung zu beweisen haben, die unmittelbar daraus notwendig wird. Und das eben ist es, was hier erwünscht ist. Nicht darum handelt es sich, daß die Möglichkeit sozialistischen Stimmzurücktritts bewiesen wird. Die österreichischen Sozialisten wissen nur zu gut, daß ihre Sättigungsgrenze längst knapper erreicht ist, als es selbst die Wahlen in Deutschland vermuten, sondern eben jener Abstand zwischen koalitionsfähiger Mandatzahl und wirklicher Regierungsfähigkeit, den die Sozialdemokratie in den nächsten Monaten zu durchmessen hat, ist es, der hier die Gegner trennt...

Mit gespanntester Teilnahme prüft man auch alle Wahlziffern des Zentrums. Wer weiß diesmal, wie viele fehlende Stimmen der Teilnahmslosigkeit breiter Wählerkreise zuzuschreiben sind, wie viele nicht erschienene Zentrumswahlziffern diesmal die opfervolle Arbeit ihrer aktiven Parteigenossen gefährdet haben? Und wie viele der verantwortungslosen Splitterparteien, die ein falsches Bild der wirklichen Machtverhältnisse hindern. Noch mehr als diese kleinlichen Erklärungen überzeugt eine allgemeine. Selbst ein wirklicher Verlust des Zentrums wäre nur das ehr-

Tschang vertheidigt Peking

Vor der Entscheidung in China

Peking, 24. Mai.

Wie aus Nanking gemeldet wird, hat die Regierung das Rücktrittsgesuch des Außenministers Huang angenommen. Der Ministerpräsident Tang hat vorläufig die Geschäftsführung des Außenministeriums übernommen. Damit ist die Gruppe Huang, die eine Annäherung zwischen Japan und Amerika erstrebt, geschlagen. Marshall Tschiang Kai-shek hat angesichts dieser Sachlage sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen. Tschiang Kai-shek hat sich wieder an die Front begeben, um den Oberbefehl an der Front zu übernehmen. — Der japanische Gesandte hat sich nach Tientsin begeben.

Marshall Tschiang Kai-shek erklärte, er beabsichtige nicht, Peking kampflos aufzugeben. Japan treibe eine zweideutige Politik ihm gegenüber. Weil Japan an dem Ultimatum festhalte, werde er alle diplomatischen Beziehungen zu Japan abbrechen. Er sei zu Friedensverhandlungen mit den Südtroppen bereit, wenn diese die Schantungsprowinz räumen. Tschiang Kai-shek hat bereits seit einer Woche im Panzerzug.

Die japanische Monroe-Doktrin

Tokio, 23. Mai.

Die Erklärung Kelloggs, daß Japan in der Mandchurie Sonderinteressen verfolge, hat in der japanischen Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Die „Tottos Zeitung“ erklärt, Japan tue in der Mandchurie nichts anderes als Amerika in Nicaragua. Japan wünsche nichts weiter als die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Wahrung seiner Interessen. Deutere seien wohl noch von größerer Bedeutung als Amerikas Interessen in Nicaragua. Die Zeitung „Nitschi Nitschi“ bestreitet die amerikanische Außenpolitik sehr hart, indem sie feststellt, daß Amerika im Fernen Osten die Dolchein von der offenen Tür verwirklicht seien will, die aber für Amerika andere verweigert.

Der japanische Gesandte in Peking empfahl Tschiang Kai-shek, die Nordtroppen innerhalb der nächsten sechs Tage nach der

Mandschurei zurückzuziehen,widrigfalls Japan die Truppen entwohnen werde. Tschiang Kai-shek antwortete darauf, daß seine Truppen die Waffen nicht ohne Widerstand abgeben würden.

Wie Havas aus Shanghai meldet, ist der Außenminister der Nankingregierung zurückgetreten. Seine Gegner machen ihm sein Entgegenkommen gegenüber den Amerikanern und besonders den Japanern zum Vorwurf.

Die amerikanische Regierung hat der südchinesischen Regierung eine Note überreicht, in der darum erucht wird, daß der Mord des amerikanischen Missionars Seymour, der in Schantung am 16. April getötet wurde, verhasst und hingerichtet wird.

Auch Belgien will unterschreiben

Brüssel, 22. Mai.

Die „Agence Belge“ teilt mit: Nachdem mehrere Hauptmächte, die mit dem amerikanischen Entwurf eines Antitriklops-Parteis befreit worden sind, den Wunsch ausgesprochen haben, die Aussöhnung der belgischen Regierung kennenzulernen, die nicht zur Teilnahme an den Verhandlungen aufgefordert wurde, aber durch den amerikanischen Botschafter informiert von dem amerikanischen Entwurf und dem französisch-amerikanischen Notenaustausch in Kenntnis gesetzt wurde, hat die belgische Regierung ihr Einverständnis mit einem Vertragswort ausgesprochen, das die Garantien, die Belgien auf Grund der Locarnoabkommen und des Völkerbundes besitzt, verstärkt würde.

Immerhin ist die belgische Regierung wegen der Wichtigkeit dieser Vereinbarungen für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherheit Belgiens der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, jedes Mißverständnis und jede Unklarheit zu vermeiden. Deshalb glaubt sie, daß die Aufrechterhaltung der bereits bestehenden vertraglichen Verpflichtungen seitens aller Beteiligten eine soziale Bestätigung erhalten sollte. Belgien als Signatarmacht der Locarnoabkommen erwartet, zur Teilnahme an dem Meinungsaustausch, der hierüber etwa Ratssitzungen folgen sollten, eingeladen zu werden. Außenminister Hymans hat den Botschafter der Beteiligten Staaten gebeten über seine Aussichtung verständigt.